

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Kinder, Familie, Bildung:
DIE LINKE Fraktion
investiert in die Zukunft

3 Gegen jede Normalisierung:
Veranstaltungsreihe zu
rechten Strukturen

7 Unsere 29: DIE LINKE Fraktion
im Thüringer Landtag und ihre
Abgeordneten



Gegenseitig zuhören

Immer häufiger bekommt man die Auffassung zu hören, dass Politiker:innen den Kontakt zu den Menschen verloren haben. Bedient durch die Floskel von „denen da oben“ wird die Distanz zwischen Wählenden und Gewählten sehr bildhaft beschrieben. Und manche Menschen ernten Zustimmung beim Stammtisch, am Arbeitsplatz oder beim Familiengeburtstag, wenn sie behaupten, dass sich die Politik ohnehin nicht mehr um die „kleinen Leute“ kümmere. Diese Ansicht scheint sich zu halten, obwohl wir in Zeiten leben, in denen Abgeordnete, Minister:innen spontan und binnen Sekunden erreichbar sind und persönlich antworten. Und obwohl verstärkt Dialoge mit Bürger:innen, Haustürgespräche und Infostände stattfinden, bei denen Parteien mehr denn je in den Austausch treten.

Natürlich kennen Landtagsabgeordnete in Thüringen das „normale Leben“. Sie haben Freunde, Kinder, Großeltern und sind sich der gesellschaftlichen Herausforderungen in Bezug auf Inflation, Bildung, Gesundheit und Pflege bewusst. Gerade deshalb stellen sie sich diesen Herausforderungen. Doch es gibt eine Sache, die sie nicht können: die sich rapide verändernden und immer komplexeren Probleme in der Welt ignorieren. Damit geht zwangsläufig die Enttäuschung einher. Die Erwartungshaltung, dass alles so bleiben kann, wie es ist, ist zwar verständlich, kann aber der Realität nicht standhalten. Die Politik muss gestalten. Die notwendigen Vorschläge und Entscheidungen müssen erklärt werden. Dabei sollten Politiker:innen selbstverständlich zuhören und auf Sorgen und Ängste reagieren. Aber genauso sollten auch die Bürger:innen den politischen Verantwortungsträgern zuhören und wie diese Vor- und Nachteile sowie Ursache und Wirkung politischer Entscheidungen abwägen. Demokratie, politische Kultur und vor allem die Verantwortung, die Gesellschaft zu gestalten, gehen verloren, wenn Wählerinnen und Wähler nur noch das akzeptieren, was sie hören möchten, und politische Parteien ihnen nur noch das versprechen.
Steffen Dittes, Fraktionsvorsitzender

30 Jahre Thüringer Verfassung

Landtag widmet sich Jubiläum



Denkmal in der Mauer des Thüringer Landtags

Eduard Rosenthal (1853-1926), der ‚Vater‘ der Thüringer Landesverfassung, war ein engagierter und hochgeschätzter Bürger Jenas – bis ihn die Nationalsozialisten aus dem Gedächtnis löschten. Das dezentrale Denkmal »Erkundungsbohrungen« von Horst Hoheisel und Andreas Knitz erinnert an ihn und thematisiert die durch seine antisemitische und antidemokratische Ausgrenzung entstandene Leerstelle.

www.eduard-rosenthal.de

Hochwasser- und Katastrophenschutz in Thüringen



Donata Vogtschmidt

Sprecherin für Katastrophenschutz und Feuerwehr

Mit Sorge betrachtet Abgeordnete Donata Vogtschmidt die Zunahme an Extremwetterereignissen und welche Auswirkungen diese hinterlassen, wie aktuell auch stark in Thüringen und dem europäischen Ausland.

„Vor 10 Jahren ereignete sich das Hochwasser in Erfurt, bei dem alleine in Thüringen 450 Millionen Euro an Schäden verursacht wurden. Eine gute Vorsorge durch Wachsamkeit und Investitionen in Hochwasser- und Katastrophenschutz ist für eine Gesellschaft nicht nur ökonomisch sinnvoll, um das Schadensausmaß zu begrenzen, sondern hilft vor allem Menschenleben zu schützen. Deshalb ist es richtig, dass in Thüringen bis 2027 mehr als 900 Projekte im Volumen von 400 Millionen Euro für den Hochwasserschutz umgesetzt werden und die Landesregierung nach Beschluss eines Antrages der Koalitionsfraktionen nun einen periodischen Stichtag einführt, an dem alle Lagerhaltungen im Bereich des Katastrophenschutzes im ganzen Freistaat regelmäßig überprüft und Abgaben für länderübergreifende und internationale Hilfsersuchen systematisch erfasst werden.“

Im Dezember 2022 hatte der Landtag mit Mehrheit den Antrag 'Sicher durch Krisensituationen – Katastrophenschutzstrukturen stärken' von DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verabschiedet, woraufhin die Landesregierung eine umfangreiche Inventur in den Thüringer Katastrophenschutzstrukturen sowie auch hinsichtlich der Abgaben für das Ahrtal und die Ukraine vornehmen ließ und nun mehr jährlich den 30. April als Stichtag für eine Generalinventur setzte. „Um abgegebene Vorhaltungen noch besser zu ersetzen und die Bestände für noch mehr Menschen in Thüringen zu vergrößern, haben wir das Volumen alleine für die dezentralen Landeslager von 200.000 Euro im Jahr 2021 auf zwei Millionen für den Haushalt 2023 verzehnfacht“, erklärt die Abgeordnete Vogtschmidt abschließend.

Kinder, Familie, Bildung: Wir investieren in die Zukunft

Gute Vorsorge durch Investitionen

Seit 2015 führt DIE LINKE in Thüringen die Landesregierung mit SPD und Grünen und hat der Politik eine gerechte und ökologische Richtung gegeben. DIE LINKE steht hierbei für Stabilität und Sicherheit. Wir arbeiten für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle, in Stadt und Land, ob jung oder alt, auch als Minderheitsregierung und in diesen herausfordernden Zeiten.

Bildungsgerechtigkeit

Gute Bildung von Anfang an ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen haben wir bereits zwei Kindergartenjahre beitragsfrei gestellt und Eltern und Familien deutlich entlastet. Gleichzeitig schaffen wir mit 550 zusätzlichen Stellen und der Verstärkung der praxisintegrierten Ausbildung die Voraussetzung dafür, dass auch in Zukunft Erzieherinnen und Erzieher zur Verfügung stehen. Mit einer weiteren Verbesserung des Betreuungsschlüssels, der Stärkung der Elternmitsprache und nicht zuletzt dem dritten beitragsfreien Kindergartenjahr arbeiten wir weiter an der Verbesserung der Qualität in der Bildung und Betreuung der künftigen Generationen.

600 Mio. Euro

Investitionen in Schulen
zwischen 2015 und 2024

Auch an den Schulen haben wir vieles bewegt. Mit mehr als einer halben Milliarde Euro wurde seit 2014 begonnen, Schulgebäude fit zu machen, damit moderne Bildung in modern ausgestatteten Räumen stattfinden kann. Nach vielen Jahren Stillstand haben wir begonnen, wieder Lehrerinnen und Lehrer einzustellen, mehr als 4.000 sind es seit 2019. Und wir haben Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern den Weg in den Schuldienst erleichtert. Damit der Beruf des Lehrers attraktiv bleibt und alle Kinder in allen Schularten dieselben Chancen erhalten, haben wir die Bezahlung von Regel- und Grundschullehrerinnen und -lehrern angehoben und an die der Gymnasiallehrer angeglichen. Schulkooperationen helfen kleinen Schulen, ihren Schulstandort zu sichern und den Unterrichtsausfall zu reduzieren.

Mit einem neuen Schulgesetz wollen wir auch die Bildung fit für die Zukunft machen: Digitalisierung, Praxisorientierung und gemeinsames kooperatives Lernen.

Arbeit und zukunftssichere Wirtschaft

Um die gute wirtschaftliche Entwicklung Thüringens auch in Zukunft sicherzustellen, braucht es viele Arbeitskräfte. Daher unterstützen wir Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen jedes Jahr mit mehreren Millionen Euro. Handwerker und Handwerkerinnen unterstützen wir mit einem Meisterbonus von 1.000 Euro und fördern Übernahmen oder Neugründungen von Betrieben mit 7.500

3.000 Euro

spart eine Familie mit
einem Kind wegen des
beitragsfreien Kinder-
gartenjahres

Euro. Im Landesprogramm 'Arbeit für Thüringen' helfen wir Menschen, die lange arbeitslos gewesen sind und unterstützen Geflüchtete in Thüringen, auch beruflich Fuß zu fassen. Das hilft den Menschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Und die Gesellschaft profitiert, weil jede ausgebildete Arbeitskraft dem Fachkräftemangel entgegenwirkt: im sozialen Bereich und in der Wirtschaft.

Politik machen für alle

Die jährliche Familienförderung von mehr als 18 Millionen Euro hilft vielen Eltern und Kindern, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Die Erhöhung des Blinden-, Gehörlosen- und Taubblindenbetrags war ein wichtiger Schritt bei der Unterstützung von Menschen mit Sinnesbehinderung. Mit dem Landesprogramm 'Akzeptanz und Vielfalt' fördern wir die Anerkennung der Vielfältigkeit von Menschen und Lebensweisen. Menschen, die zu uns kommen, unterstützen wir bei der Integration. DIE LINKE setzt sich für alle ein, damit Thüringen für alle hier lebenden Menschen eine Zukunft bietet.





Vom 9. bis 16. August 2023 fand die, von der Fraktion DIE LINKE organisierte Veranstaltungstour „Gegen jede Normalisierung“ in Thüringen statt. Ziel war es, über Hintergründe rechter, antisemitischer und rassistischer Netzwerke, deren Instrumente und Strukturen aufzuklären und mit Menschen ins Gespräch zu kommen.

Rechte Mobilisierung

In der Galerie „Mieze Südlich“ in Gera führte zum Auftakt Theresa Lehmann, Expertin der Amadeu Antonio Stiftung in das Schwerpunktthema „Extrem rechte Mobilisierung auf TikTok durch Neonazis, AfD und andere Hatefluencer:innen“ ein. Sie erklärte dem Publikum zunächst grundlegende Funktionsweisen der Plattform TikTok, die in Deutschland bereits drei Millionen Nutzende verzeichnet bevor sie anschließend die inzwischen verbreitete Nutzung des Dienstes im rechten Spektrum ausführlich darstellte. Ob zur Mobilisierung für Demos, zur Multiplikation antisemitischer Ideologie oder dem Verkauf von NS-Mode und Rechtsrock, die App wird hier bereits rege genutzt, u. a. zur schnellen Verbreitung rechter Inhalte. Vorgestellt wurden neben Besonderheiten der Plattform (wie bspw. TikTok Coins), typische Verschwörungsmethoden auch zahlreiche Fallbeispiele aus der Thüringer Neonazi-Szene und der AfD, die die App bespielen, auch aus Gera. Gemeinsam mit Lehmann wurden Gegenstrategien für den digitalen Raum beraten.

Die Tour wurde insgesamt moderiert von Katharina König-Preuss, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und führte weiter nach Sonneberg, wo die LINKE Geschäftsstelle bereits mit Besucher:innen gut gefüllt war. Dort wurde Andrea Röpke empfangen, die seit 30 Jahren zur extremen Rechten recherchiert. Ihre Recherchen flossen längst auch ins Handeln von Sicherheitsbehörden ein, darunter das Verbot der „Heimatreuen deutschen Jugend“ (HDJ). Andrea Röpke erklärte verständlich Motivationen und Hintergründe der völkisch-nationalistischen Ideologie, die als Bindeglied alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos, organisierte

Neonazis und die AfD unter AfD Parteivorsitzenden Björn Höcke miteinander vereint. Am Beispiel von Höckes Reden und Buchtexten machte sie die Gefahren in diesem Denken deutlich, dass laut Höcke nicht ohne „wohltemperierte Grausamkeiten“ vonstattengehen werde. Sie erklärte anschaulich, wie extreme Rechte versuchen in das Gemeindeleben einzusickern, belegte Verbindungen zwischen AfD und Neonazi-Szene und machte auf die Immobilienkäufe als Teil extrem rechter Siedlungskonzepte aufmerksam, die insbesondere in Sonneberger Ortsteil Haselbach von der Theorie in die Praxis umgesetzt wurden.

Verschwörungsideologische Mischszene

Die Wahl eines AfD-Landrates in Sonneberg lag am Veranstaltungstermin erst wenige Tage zurück, umso reger war die Beteiligung der Gäste im Publikum. In Eisenberg fand der nächste Vortrag zum Themenverswerpunkt verschwörungsideologischen Mischszene und Facetten extrem rechter Graswurzelarbeit statt. In der Stadtbiblio-

thek, wenige Meter neben dem relativ neu eröffneten Tattoo-Geschäft des ehemaligen NPD-Landesorganisationsleiters und früheren Anführers von „Thügida“, reflektierte Andrea Röpke die Entstehung teils neuer radikalierter Strukturen seit Ausbruch der Coronapandemie. Diese hätten sich insbesondere über Telegram vernetzt, darunter auch Gruppierungen aus dem Saale-Holzland-Kreis, beispielsweise die Organisatoren des „Hermsdorfer Montagspaziergang“ die auch gemeinsam mit den extrem rechten „Freien Sachsen“ und „Freies Thüringen“ sowie der Neonazi-Szene agierten. Röpke informierte über aktuelle sozialwissenschaftliche Erkenntnisse aus der Corona - Protestforschung, die in weiten Teilen auch auf die jüngsten Proteste unter angepasstem Label (Energiepreiskrise, Russlands Krieg in der Ukraine) Anwendung finden. Mehrere Gäste waren besorgt über das neuansässige Tattoo-Studio. Katharina König-Preuss warnte davor, dass, wenn Sicherheitsbehörden solche Einrichtungen als „ausschließlich zu beruflichen Erwerbszwecken“ vermerkten, diese jedoch mitunter extrem rechte Zwecke

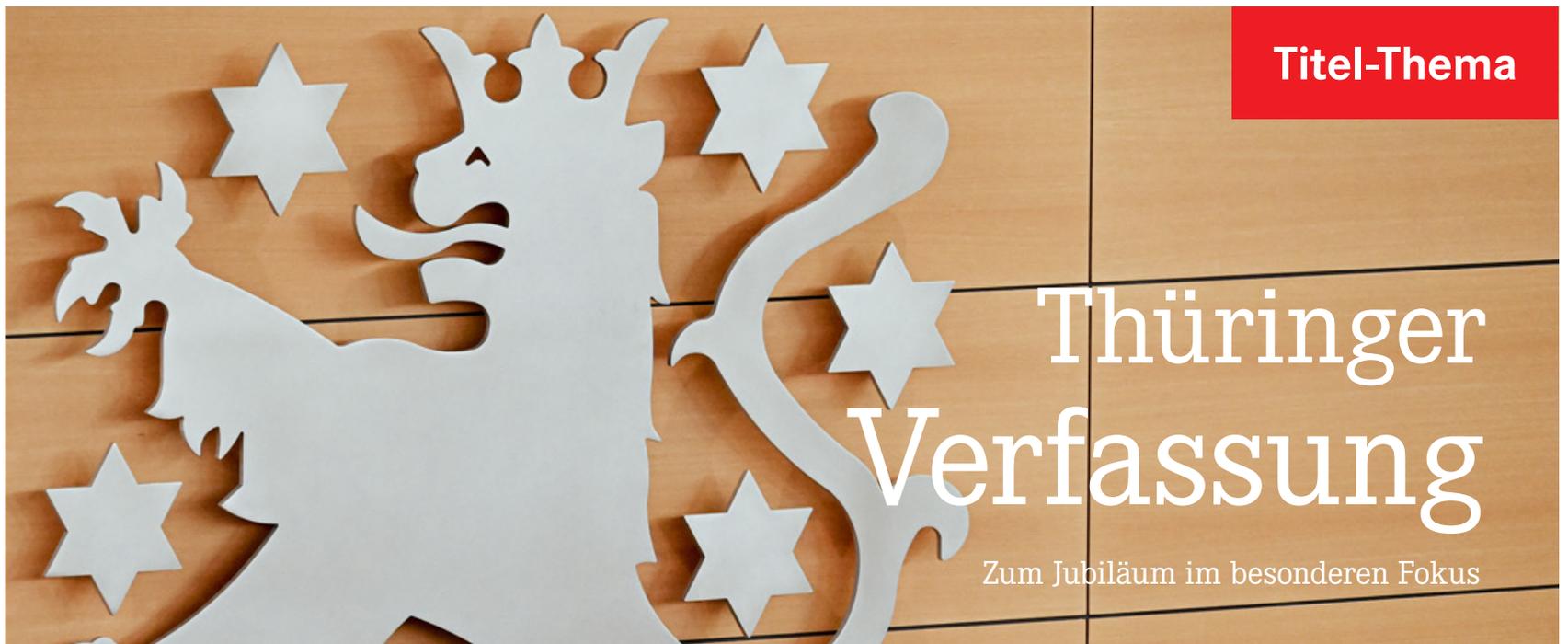
verfolgen würden. Dies sei eine fatale Fehleinschätzung, da sie gerade in kleineren Städten und im ländlichen Raum für Jugendliche und junge Erwachsene ein Einstieg in die Ideologie sein können, in der Anpolitisierung und Festigung stattfindet. In Zeulenroda-Triebes fänden inzwischen gar regelmäßig größere Szene-Treffen in vergleichbaren Geschäften statt.

Reichsbürgerstrukturen

Nachdem in diesem Sommer 170 Reichsbürger ins Eichsfeld kamen, wurde dies zum Anlass genommen, einen weiteren Halt der Tour in Heiligenstadt vorzunehmen. Röpke informierte in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE vor 30 Zuschauer:innen über die Gefahren der Reichsbürger-Ideologie, die bis zum Mord an einem Polizisten in Georgensmünd 2016 weitgehend kleinerdet wurden. Sie stellte die Konzepte und das Wirken der russischen „Anastasia“-Bewegung und ihrer Idee der Gründung von Familienlandsitzen vor, die auch in Thüringen bereits eingesickert ist. Ebenso besprach sie die rechte Esoterik der Schetin-Pädagogik, illegale Schulen und rechte Kindererziehung, sowie die „Artgemeinschaft“ - ein eingetragener antisemitischer Verein, der sich im Norden Thüringens, weitgehend unbehelligt, regelmäßig trifft.

Während der Tour ist deutlich geworden, welche erhebliche Gefahr von der extremen Rechten für die demokratische Kultur aber auch die öffentliche Sicherheit in Thüringen ausgeht und dass noch viel Handlungsspielraum bei der Strategie der Nadelstiche auch auf Behördenebene ist. Die Resonanz auf die Veranstaltungen war enorm hoch, was sich bei allen insbesondere durch die Fragen im Anschluss und die Gespräche zeigte. „Festzuhalten bleibt, dass es in jeder noch so kleinen Stadt in Thüringen Menschen gibt, die sich engagieren, dem Rechtsruck in unterschiedlicher Form etwas entgegenzusetzen und für die die Veranstaltungen teils auch eine Art Vernetzung mit anderen Engagierten war“, so die Abgeordnete König-Preuss. Ebenso gab es viel Dankbarkeit für die Möglichkeit, sich miteinander auszutauschen.





Geschichte der Thüringer Verfassung

Am 25. Oktober 2023 feiert die Thüringer Verfassung „Geburtstag“: An diesem Tag vor 30 Jahren wurde sie auf der Wartburg im Rahmen einer Zusammenkunft des Thüringer Landtags beschlossen und unterschrieben, am 30. Oktober 1993 trat sie (vorläufig) in Kraft. In einer Volksabstimmung, die parallel zur Landtagswahl am 16. Oktober 1994 stattfand, haben die Abstimmenden die Verfassung mehrheitlich bestätigt. Während CDU, SPD und FDP auf der Wartburg der Verfassung zustimmten, lehnten die Fraktionen Linke-Liste / PDS und Neues Forum / Grüne / Demokratie jetzt den Verfassungsentwurf ab. Beide Fraktionen hatten in den Landtag eigene Verfassungsentwürfe eingebracht. Die LL/PDS begründete ihre Ablehnung vor allem mit De-

fiziten bei den Regelungen zur direkten Demokratie und Bürgerbeteiligung sowie bei der Ausgestaltung der sozialen (Grund-)Rechte.

Für eine deutliche Verbesserung der direkten Demokratie in der Thüringer Verfassung sorgte das „Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen“ mit mehr als 20 Mitgliedsorganisationen (darunter auch die PDS) mit einem Volksbegehren, das rund 323.000 gültige Unterschriften erbrachte – die erfolgreichste freie Sammlung von Unterschriften in der Geschichte der Bundesrepublik. Der gesellschaftspolitische „Schub“ dieses erfolgreichen Volksbegehrens brachte schließlich auch die CDU-Fraktion dazu, im November 2003 den entsprechenden Änderungen der Verfassung zuzustimmen. Nach dieser erfolgreichen Reform blieb aber als wichtiger Baustein noch die Abschaffung des sogenannten Finanzvor-

halts. Das heißt in Zukunft sollen die Menschen in Thüringen auch über Gesetze mitbestimmen können, die Geld kosten. Denn es sind auch deren Steuergelder, die das Land für die Umsetzung der Gesetze ausgibt. Deshalb überrascht nicht, dass die Weiterentwicklung der direkten Demokratie eine der wichtigen Teilthemen im Verfassungsausschuss ist, den der Thüringer Landtag in dieser laufenden 7. Wahlperiode eingerichtet hat.

Die Regierungsfaktionen haben nun nicht nur die Abschaffung des Finanzvorbehalts in ihrem Gesetzentwurf eingereicht, sondern auch die Senkung des Wahlalters auf Landesebene auf 16 Jahre (in Bundesländern wie Brandenburg oder Baden-Württemberg schon umgesetzt) und die Einführung eines Einwohnerantrags ab 14 Jahren und unabhängig von der Staatsbürgerschaft auch auf Landesebene (auf kommun-

ler Ebene ist dies bereits umgesetzt). Im Verfassungsausschuss hat die CDU auch das in Deutschland neue Instrument des „fakultativen Referendums“ zur Debatte gestellt, welches aus der Schweiz stammt und beinhaltet, dass Bürger und Bürgerinnen zu beschlossenen Gesetzen des Landtags mit einer bestimmten Anzahl von Unterschriften einen Volksentscheid beantragen können. Die Fraktion DIE LINKE ist dem Instrument Referendum grundsätzlich offen gegenüber, besteht aber darauf, dass auch ein solches Instrument der Überprüfung unterliegen muss, wie alle anderen direkt-demokratischen Instrumente auch.

Die Verfassung muss sich weiterentwickeln, so wie unsere gesellschaftlichen Anforderungen wachsen. Dafür setzt sich die Fraktion DIE LINKE unter anderem im Verfassungsausschuss des Thüringer Landtages ein.

„Unsere Verfassung stellt die Werteordnung im Land“

Gesellschaftspolitische und rechtliche Grundlage des Zusammenlebens



„Wir fordern unter anderem eine Antirassismus-/Antifaschismusklausel in der Thüringer Verfassung“

Anja Müller

Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition

Die Thüringer Verfassung bildet – genauso wie das Grundgesetz – die gesellschaftspolitische und rechtliche Grundlage des Zusammenlebens in Thüringen, aus der sich die anderen rechtlichen Regelungen des Landes ableiten. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet in seinen Urteilen das Grundgesetz und die Landesverfassungen als „positive Werteordnungen“, deren Inhalte die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure verteidigen müssen und vor allem aktiv in ihrem alltäglichen Handeln umsetzen sollen.

In der Thüringer Verfassung bildet die Garantie der Menschenwürde den Ausgangspunkt der Verfassung. Diese Garantie beinhaltet zum Beispiel die Gleichheit aller Menschen und somit das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in und an der Gesellschaft. Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, erklärt, dass aus dieser Garantie auch die Verpflichtung erwächst, sich aktiv für die Bekämpfung von Ras-

sismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus einzusetzen. „Diese Verhaltensweisen stehen im vollkommenen Gegensatz zur Garantie der Menschenwürde und den Grund- und Menschenrechten der Verfassung. Deshalb fordern wir seit Jahren die Aufnahme einer ‚Antirassismus/Antifaschismusklausel‘ in der Verfassung“, so die Abgeordnete Müller.

Einbindung der Akteure

In einer Anhörung des Petitionsausschusses im Landtag erhielt der Vorschlag der Koalitionsfraktionen von außerparlamentarischen Akteuren breite Zustimmung. Die Verfassungsänderungen werden jedoch im Alltag der Menschen noch wirksamer sein, wenn weitere praktische Schritte zur Umsetzung erfolgen. Zum Beispiel durch die Förderung des Ehrenamts sowie ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit durch weitere Landesförderungsgesetze (einschließlich finanzieller Absicherung) und konkrete Aktionspläne.

Änderung der Verfassung

Bestimmte Diskussionsinhalte und Anregungen der Anzuhörenden im Verfassungsausschuss wurden von den Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und CDU aufgegriffen und in einem gemeinsamen Änderungsantrag der vier Fraktionen zu den Gesetzentwürfen in den Verfassungsausschuss eingebracht.

Dieser Änderungsantrag wurde vom Ausschuss noch nicht beschlossen, der endgültige Beschluss des Landtags steht noch aus. Zahlreiche Anzuhörende, wie der Verein „Mehr Demokratie“, der Landessportbund, der Thüringer Feuerwehrverband oder die Ehrenamtsstiftung, haben sich jedoch bereits mehrfach an die Fraktionen gewandt und den Wunsch nach einem erfolgreichen Beschluss dieser und weiterer Änderungen geäußert. Anja Müller hofft sehr, dass die notwendige Mehrheit für den Beschluss der Verfassungsänderungen durch die Beteiligung der CDU-Fraktion erreicht wird.

Der „Vier-Fraktionen-Änderungsantrag“

Novellierung der Thüringer Verfassung

Bestimmte Diskussionsinhalte und Anregungen der Anzuhörenden im Verfassungsausschuss wurden von den Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und der CDU aufgegriffen und in einem gemeinsamen Änderungsantrag der vier Fraktionen zu den Gesetzentwürfen in den Verfassungsausschuss eingebracht. Dieser Änderungsantrag ist vom Ausschuss noch nicht beschlossen, der endgültige Beschluss des Landtags steht noch aus. Aber zahlreiche Anzuhörende, darunter die Vereine „Mehr Demokratie“, „Zukunftsfähiges Thüringen“, der Landessportbund oder der Thüringer Feuerwehrverband, haben sich mit dem Wunsch nach einem erfolgreichen Beschluss dieser und weiterer Änderungen schon wiederholt an die Fraktionen gewandt.

Die Fraktion DIE LINKE hofft sehr, dass durch Beteiligung der CDU-Fraktion die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit zum Beschluss der Verfassungsänderungen zustande kommt.

Um welche Themen bzw. Änderungen geht es?

Die Staatsziele zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements, zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land in Thüringen und zur Verwirklichung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit sollen Teil der Verfassung werden. Spätestens seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimagesetz des Bundes ist der Öffentlichkeit bekannt, welche starke praktische Gestaltungs- und Verpflichtungswirkung solche Staatsziele entfalten. Das Recht auf Inklusion von Menschen mit Behinderungen soll entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention gestärkt werden, die ausdrückliche Verpflichtung zur umfassenden Umsetzung der UN-Menschenrechtspakte in Thüringen – z.B. der UN-Kinderrechtskonvention – soll festgeschrieben werden, ebenso die ausdrückliche Verpflichtung zum Schutz gegen Diskriminierung wegen des Alters und zukünftig soll auch die elektronische Verkündung von Gesetzen möglich sein. Linke fordert: Soziale Funktion und Inhalte der Verfassung weiter stärken. Obwohl über die Ver-



„Die Linksfraktion wird alles dafür tun, dass zumindest die im „Vier-Fraktionen-Änderungsantrag“ eingebrachten Inhalte noch in dieser Wahlperiode in Kraft treten.“

Anja Müller

Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition

pflichtung der umfassenden Umsetzung der Menschenrechtsabkommen die UN-Kinderrechtskonvention mitefasst ist, möchte die Fraktion DIE LINKE die Kinderrechte in der Verfassung noch weiter und im Detail stärken. Die derzeitige gesellschaftliche Entwicklung zeigt, dass dies sinnvoll und notwendig ist. Und in den Anhörungen haben Anzuhörende wie der Deutsche Kinderschutzbund und das Kinderhilfswerk diese Vorschläge deutlich unterstützt. Dieser LINKE-Vorschlag ist Teil

eines Gesetzentwurfs der Koalitionsfraktionen im Ausschuss, hat es jedoch leider nicht in den Vier-Fraktionen-Antrag geschafft. Die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen machen deutlich, dass noch weitere Regelungen zur Stärkung der sozialen Funktion Teil der Weiterentwicklung werden müssen. Zum Beispiel die Stärkung des Rechts auf bezahlbares menschenwürdiges Wohnen (z. B. kontinuierlicher öffentlicher sozialer Wohnungsbau als konkrete Verpflichtung), das Recht auf gleiche menschenwürdige Teilhabe für alle an den Leistungen der Daseinsvorsorge (Energie, Lebensmittelversorgung, Gesundheitsvorsorge, Pflegeleistungen, Mobilität usw.), Ausbau der sozialen Rechte im Bereich der Bildung (z. B. weitgehende – auch digitalen – Lernmittelfreiheit). Eine weitere Forderung der Fraktion DIE LINKE ist die generelle Öffentlichkeit der Sitzungen von Landtagsausschüssen.

Wie es weitergehen soll

Die Linksfraktion wird alles dafür tun, dass zumindest die im „Vier-Fraktionen-Änderungsantrag“ eingebrachten Inhalte noch in dieser Wahlperiode in Kraft treten. Sehr zu wünschen wäre auch, dass das zweite Reformpaket für die direkte Demokratie auf Landebene

eine Zwei-Drittel-Mehrheit bekommt – so wie auch die o.g. „Antifa-Antiraklausel“ zumal eine ähnliche Vorschrift wie für Thüringen vorgeschlagen im Nachbarland Sachsen-Anhalt schon in Kraft ist – und dort auch die Zustimmung der CDU für die notwendige Zweidrittel-Mehrheit gefunden hatte. Die Fraktion DIE LINKE hat sich schon jetzt fest vorgenommen, dass die Vorschläge für Verfassungsänderungen, die in der laufenden Wahlperiode nicht umgesetzt werden, in der kommenden Wahlperiode wieder in den Landtag eingebracht werden sollen.

Veranstaltungshinweis

„Wie wir gemeinsam leben wollen - Schutz von Demokratie und Verfassung durch die Gesellschaft“

Dienstag, 24. Oktober, ab 16 Uhr

Mit Impulsbeiträgen von Gabi Zimmer, frühere PDS-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag und Fraktionsvorsitzende der Europäischen LINKE; Dr. Axel Salheiser, Direktor des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena und Vertreter: innen der Initiative „Omas gegen Rechts“.

VERFASSUNG
DES FREISTAATS THÜRINGEN

EINLADUNG

THÜRINGEN



**ÜBERALL
GLEICH GUT.**



**MOBILITÄT. Überall gleich gut.
Bedarfsgerechte Infrastruktur.**

BAD LOBENSTEIN 27.09.23

„Thüringen. Überall gleich gut.“ meint, dass der Zugang zu Versorgungsstrukturen für alle Menschen in Thüringen dauerhaft gesichert sein muss. Die Herstellung und Sicherung eines zuverlässigen, barrierefreien und breit aufgestellten Mobilitätsangebotes unter den Herausforderungen der demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen Thüringens sind wichtiger Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Im Rahmen der thematischen und öffentlichen Sitzung der Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag „Mobilität. Überall gleich gut.“ diskutieren wir dieses Thema und möchten Sie auf diesem Wege hierzu herzlich einladen:

Diskutieren Sie mit uns die Her-

ausforderungen und Ideen rund um die künftige Ausgestaltung des Mobilitätsangebotes auf dem Land und in der Stadt.

Eingeleitet wird die Veranstaltung durch zwei Impulsvorträge:

■ **Susanna Karawanskij**, Thüringer Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft, stellt Konzepte zur Entwicklung umweltfreundlicher Mobilität in Thüringen und erste Ergebnisse des „Runden Tisches zur Mobilität im ländlichen Raum“ vor.

■ **Prof. Dr. Matthias Gather**, Direktor des „Instituts Verkehr und Raum“ der Fachhochschule Erfurt, spricht über die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit zu den Effekten des 9-Euro-Tickets auf das Mobilitätsverhalten und die so-

ziale Teilhabe einkommensschwacher Haushalte.

In der anschließenden Podiumsdiskussion werden die Referent:innen sowie Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Hannes Neupert, Präsident ExtraEnergy e.V., und Dirk Bergner, Geschäftsführer KomBus und KomBus Verkehr, die Themen Mobilität für alle, ÖPNV im ländlichen Raum, Bewältigung der „letzten Meile“ und Konzepte zur Entwicklung des Radverkehrs diskutieren und sich Ihren Fragen stellen.

Anschließend laden wir zur **offenen Bürger:innensprechstunde** ein, um mit Ihnen direkt ins Gespräch zu kommen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und bitten um Bestätigung Ihres Kommens bis zum 15.09.2023 per Mail an:

✉ gleichgut@die-linke-thl.de

**Mittwoch,
27. September 2023,
12:30 bis 15:00 Uhr**

Kulturhaus Bad Lobenstein
Straße der Jugend 10b
07356 Bad Lobenstein



Mehr Informationen zu „Thüringen. Überall gleich gut“ finden Sie auf unserer Webseite:
www.gleichgut.de



UNSERE 29.

DAS IST DIE FRAKTION

DIE LINKE IM THÜRINGER LANDTAG

Mit 29 Abgeordneten stellt DIE LINKE Fraktion mit Abstand die größte Fraktion im Thüringer Landtag.

Die Fraktion ist nach dem paritätischen Prinzip zusammengesetzt. Das heißt, dass es eine gleichberechtigte Verteilung von Frauen und Männern auf den Abgeordnetenplätzen geben muss. Die 7. Wahlperiode begann im November 2019 für unsere Abgeordneten. Seit 2021 stellt Steffen Dittes den Fraktionsvorsitzenden. Birgit Pommer besetzt die Landtagspräsidentschaft im Thüringer Landtag. Bodo Ramelow ist Ministerpräsident von Thüringen und regiert in einer rot-rot-grünen Koalition seit 2014 das Bundesland. Wir wollen ein Thüringen, in dem der soziale Zusammenhalt stark ist, in dem es gerecht zugeht, in dem die Menschen sich sicher fühlen. Eine solidarische und weltweite Gesellschaft ist unser Ziel, ein

Land, in dem wir gerne gemeinsam leben. Ökologische Erneuerung, Ausweitung der Demokratie, nachhaltiges Wirtschaften und Zukunftschancen für alle gehören zu unserem politischen Kompass. Gute Lebensbedingungen für alle zu schaffen ist für uns eine Frage sozialer Gerechtigkeit und Ermöglichter Freiheit. Wir kümmern uns vor Ort, gestalten im Hier und Heute. Antifaschismus und das engagierte Eintreten gegen jede Form von Hass und Diskriminierung sind für uns ein selbstverständlicher Bestandteil.

DIE LINKE ist die einzige der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien, die keine Großspenden von Konzernen, Banken, Versicherungen und Lobbyisten erhält. Unsere wichtigste Einnahmequelle sind unsere Mitgliedsbeiträge. Das macht uns unabhängig vom Einfluss Dritter. Wir machen Politik vor allem für Menschen und nicht für Großkonzerne. So machen wir's gerecht

Links wirkt!

Die Gefahr von Rechts ist weiterhin hoch. Wir wenden uns in aller Deutlichkeit und mit dem größten Engagement gegen neonazistische Gewalt, Hetze gegen Menschen und Alltagsrassismus. Der jährliche Thüringen-Monitor zeigt, wie groß der Anteil diskriminierender und menschenverachtender Einstellung in der Gesellschaft ist. Konzerte mit Tausenden Neonazis und gewalttätige Übergriffe auf Migrant*innen machen den erhöhten Handlungsbedarf deutlich. Thüringen trägt wegen des neonazistischen Terrornetzwerkes NSU eine besondere Verantwortung.

Wir haben seit 2014 gemeinsam mit unseren Koalitionspartner:innen klare Kante gegen Rechts gezeigt. Als eine der Konsequenzen aus der Arbeit des ersten Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses hat der Landtag 2017 eine Enquetekommission Rassismus einge-

setzt, die Maßnahmen zur Eindämmung von Rassismus und Diskriminierung empfohlen hat. Wir nutzen alle behördlichen Möglichkeiten, um gegen verfassungs- und demokratiefeindliche extrem rechte Organisationen und Strukturen in der Öffentlichkeit vorzugehen. Wir haben das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit/Gewaltprävention und Mitbestimmung fortentwickelt und überarbeitet. Die jährlichen Haushaltsmittel haben wir um über eine Millionen Euro erhöht.



Mehr über unsere Inhalte und Abgeordneten auf unserer Webseite:
www.die-linke-thl.de/fraktion/abgeordnete



